



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**Neue Mannheimer Zeitung. 1924-1943
140 (1929)**

574 (10.12.1929) Abendblatt

Neue Mannheimer Zeitung

Mannheimer General-Anzeiger

Bezugspreise: Im Mannheim und Umgebung durch Träger frei Haus monatlich RM. 2.—, in anderen Geschäftsstellen abgeholt RM. 2.50, durch die Post ohne Zustellgebühr RM. 3.—, Einzelverkaufpreis 10 Pf. — Adressen: Redaktion: Goldhofstraße 4, Schöckingerstraße 10/11, Weststraße 13, Na Friedrichstraße 4, Po. Poststraße 22, W. Lappenbergstraße 4. — Erscheinungsort: Mannheim, 12 mal.

Verlag, Redaktion und Hauptgeschäftsstelle: R. 1, 4-8. — Fernsprecher: Sammelnummer 24051. — Postfach-Nummer 17500 Karlsruhe. — Telegramm-Adresse: Remazeit Mannheim.

Anzeigenpreise: Im Anzeigenblatt RM. — 40 die 20mm breite Einzelzeile: im Restenteil RM. 2.— die 70mm breite Zeile. — Für im Voraus zu bezahlende Familien- und Gelegenheits-Anzeigen besondere Sätze. — Rabatt nach Tarif. — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben, an besonderen Plätzen und für besondere Aufträge keine Gewähr. — Geschäftsband Mannheim.

Beilagen: Montag: Sport der N. M. Z. / Dienstag wochens: Aus der Welt der Technik · Kraftfahrzeug und Verkehr · Neues vom Film / Mittwoch wochens: Die fruchtbare Scholle · Steuer, Gesetz und Recht / Donnerstag wochens: Mannheimer Frauenzeitung · Für unsere Jugend / Freitag: Wintersport und Erholung · Mannheimer Vereinszeitung / Samstag: Aus Zeit und Leben · Mannheimer Musikzeitung

Abend-Ausgabe

Dienstag, 10. Dezember 1929

140. Jahrgang — Nr. 574

Wichtige Einzelheiten über die Reichsfinanzreform

Die Besprechungen des Kanzlers und Hilferdings mit den Parteiführern

Bayerns Widerstand gegen die Biersteuern

(Drahtmeldung aus Berliner Büro) □ Berlin, 10. Dezember.

Das Reichskabinett hat daran fest, daß am Donnerstag die Regierungserklärung vor dem Plenum des Reichstags abgegeben werden soll. Man hofft bis zum Donnerstag früh sich mit den Koalitionsparteien geeinigt zu haben. Heute vormittag um 11 Uhr haben, wie angekündigt, in der Reichskanzlei die Unterhandlungen mit den Parteiführern begonnen. Der Reichskanzler selbst leitete die Besprechung mit einer längeren Rede ein, in der er den Ernst der finanziellen Lage schilderte und die Notwendigkeit betonte, eine unverzügliche Einigung über die geplante Finanzreform herbeizuführen.

Kanzler erläuterte der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding den Plan in seinen Einzelheiten, der ja seinen Inhalt nach bereits bekannt geworden ist. Wie wir noch ergänzend erfahren, handelt es sich teilweise um ein Sofortprogramm. Die Reichsregierung beabsichtigt nämlich, sobald sie der Zustimmung der Regierungsparteien gewiß ist, dem Reichstag eine Vorlage über die Erhebung der Tabaksteuer zu machen, die einen Beitrag von 200 Millionen Mark erbringen soll. Der Kanzler wird darauf drängen, daß dieses Gesetz noch vor Weihnachten dem Reichstag vorliegt. Damit dürfte der auch in der Reichsfinanzreform erneut unterkommene Versuch einer Erhöhung nur auf dem Wege über ein Tabakmonopol zu billigen, endgültig scheitern, da selbstverständlich die Erhebung eines solchen Monopols beträchtliche Zeit erfordern würde.

Zugleich mit der erhöhten Tabaksteuer soll auch die Neuregelung der Arbeitslosenversicherung am 1. Januar in Kraft treten. Untere Würdigung, daß in der Frage der Beitragsanforderung für die Arbeitslosenversicherung die vorkommenden Minister im Kabinett schließlich dem Drängen der sozialdemokratischen Minister nachgeben würden, scheint sich zu bestätigen. Die von sozialdemokratischer Seite zunächst beantragte Herabsetzung der Beiträge ist wieder in den Ausgaben der Gemeinden, die in deren Höhepunkt erscheinen würden. Die Beitragsherabsetzung bildet einen Bestandteil des gesamten Finanzprogramms, und man betrachtet gewissermaßen die

400 Millionen neue Steuern auf den Konsum, nämlich auf den Tabak und das Bier, als eine Konzeption der Sozialdemokratie, der sie sich nur mit größtem Widerwillen gefügt hat. Die Senkung der Gewerbesteuer, für die die Sozialdemokratie ursprünglich nur 10% bewilligen wollte, ist auf 20% erhöht worden. Die in Aussicht genommenen Steuererhöhungen belaufen sich im ersten Jahr auf 750 Millionen M. Außerdem sollen der Arbeitslosenversicherung noch 20 Millionen aus den Mehreinnahmen aus den Zöllen, sowie

25 Millionen aus Ersparnissen der Krankenkassen angeführt werden. 70 Millionen beabsichtigt man für die Durchführung des 20- und 25-Programms zur Verfügung zu stellen. Gegen die Biersteuer ist, wie voranzugehen, bereits im Kabinett vom Reichspostminister Schädel-Schwarz Widerstand erhoben worden. Es ist anzunehmen, daß auch die Fraktion der Bayerischen Volkspartei sich gegen die Steuer auflehnen wird. Die Regierung ist in bezug auf diese Punkte nicht gewillt, nachzugeben. Auch beim Zentrum findet die oppositionelle Haltung der Bayerischen Volkspartei keine Unterstützung. Man wird allerdings die Steuerreform ohne die Bayerische Volkspartei machen. Es bleibt abzuwarten, ob sie vor ein Entweder oder Gestalt, ihre früheren Forderungen wahrnehmen und Herrn Schädel aus dem Kabinett jenseits werden. Eine Krise würde das jedenfalls nicht nach sich ziehen, da sich das Kabinett in dieser Frage vollkommen einig ist. Im übrigen hat man Bayern durch Zulieferung erhöhter Zuwendungen aus dem Finanzausgleich zu beschwichtigen versucht. In die Steuer-

Der Verfassungskstreit

Die rheinisch-westfälischen Umgemeindungen vor dem Staatsgerichtshof

(Telegraphische Meldung)

* Weipala, 10. Dezember.

Das Gesetz über die kommunale Neugliederung des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes bildete heute den Gegenstand eines Verfassungskreises vor dem Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Baum.

Durch dieses Gesetz, das am 10. Juli 1929 vom preussischen Landtag nach heftigen Kämpfen mit 210 gegen 100 Stimmen angenommen wurde, und das der Staatsrat in seiner Sitzung vom 23. Juli 1929 in einfacher Mehrheit genehmigte, wurde ein Gebiet von etwa 850 000 QdM mit rund 43 Millionen Einwohnern neu geordnet. Die Zahl der Landkreise wurde von 11, der Stadtkreise um 6, der kreisangehörigen Städte um 12, der Kreist. um 20 und der Landgemeinden um 40 verringert. Namentlich wurden die Großstädte bedeutend vergrößert, andere Großstädte durch Zusammenlegung einer Anzahl kleinerer Städte und Landgemeinden neu geschaffen.

Am Vorlauf der parlamentarischen Kämpfe erhoben eine Reihe von Städten und Gemeinden, die sich durch die Neugliederung für benachteiligt fühlten, Klage beim Staatsgerichtshof für das Deutsche Reich gegen das Land Preußen auf Verfassungswidrigkeit des Gesetzes, das mit seiner Veröffentlichung am 29. Juli Gesetzeskraft erhielt. Es sind dies die zum Teil nach Wermelskirchen eingegliederte Stadt Völklingenhausen sowie einige weitere

Städte, Kreise und Gemeinden, die eine Verletzung zum Zwecke der Abwendung von Zwangsangehörigkeiten mit dem Ziel in Völklingenhausen gebildet haben, ferner die Stadtkommunen Wermelskirchen, Gomborn und Bierbrunn und schließlich die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) des preussischen Landtages.

Die Klage stützt sich hauptsächlich darauf, daß das Gesetz, das verfassungswidrig sei, nur mit einfacher statt mit Zweidrittelmehrheit angenommen worden sei.

In Verbindung mit dieser Klage verhandelte der Staatsgerichtshof heute auch eine Klage der Gemeinde Kiederaßlar (Kreis Lahn) über die Verletzung der Verfassungswidrigkeit des § 1 des preussischen Gesetzes über die Regelung verschiedener Punkte des Gemeindeverfassungsrechts vom 27. Dezember 1927, das sich auf die Veränderungen von Grenzen von Städte- und Landgemeinden und namentlich auf die Auflösung der Stadtbezirke bezieht und das Verfahren dabei regelt, sowie eine Klage der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei des preussischen Landtages auf Ungültigkeit der Veränderung der Grenzen von Landkreisen durch Ministerialbescheid. Im § 1 des erwähnten Gesetzes sind herkömmliche Veränderungen durch Beschluß des Staatsministeriums vorsehen, wenn hierdurch eine Gemeinde ganz aufgelöst oder eine neue Gemeinde geschaffen wird.

senkung der Einkommensteuer, die um ein Drittel herabgemindert werden soll.

Ueber die vielumstrittenen Bürger- oder Kopfsteuer.

Die von den Wahlberechtigten erhobene, nämlich den Gemeinden zuzurechnende, konnte im Kabinett eine endgültige Einigung nicht erzielt werden. Man hat sich lediglich auf die Formel verständigt, daß ein beweglicher Faktor eingeführt werden soll, der alle Bürger zur Steuer heranzieht und in das Gemeindefiskalwesen einfließen soll. Diese Abgabe muß in einer Relation zu den Kopfsteuern stehen. Damit schaltet die Verankerung, die nur ein Teil der Gemeindeglieder treffen würde, aus. Gedacht werden könnte an einen Zuschlag zur Ein-

kommensteuer und vielleicht an eine Kopfsteuer.

Ueber diese Frage will man im Januar weiter diskutieren, doch läßt sich schon jetzt voraussagen, daß kaum ein anderer Weg, den Gedanken des beweglichen Faktors zu verwirklichen, wird gefunden werden können, als eben die Kopfsteuer, gegen die von sozialdemokratischer Seite bisher noch die allerheftigsten Bedenken erhoben werden.

Im Zusammenhang mit der Finanzreform ist auch eine stärkere Kontrolle der Gemeinden in Aussicht genommen und zwar in der Form, daß die Rechnungen der Kommunen künftighin genehmigungspflichtig sein sollen und daß die Gemeinden ihre Rechnungsprüfung einer neuen Stelle zu unterwerfen haben.

Eisenbahnkatastrophe in Ramur

10 Tote und 48 Verletzte

(Telegraphische Meldung)

* Paris, 10. Dez.

„Gazette“ meldet aus Ramur: Bei der Einfahrt in den Bahnhof von Ramur entgleitete heute früh ein Zug, der um 5.12 Uhr von Brüssel abgegangen war. Bisher zählte man 10 Tote und 48 Verletzte. Ollmannshöfen ist es bisher gelungen, 8 Tote und ungefähr 40 Verletzte aus den Trümmern des verunglückten Zuges hervorzuziehen. Die Aufräumarbeiten werden voraussichtlich noch eine Zeit lang in Anspruch nehmen. Durch den Unfall hat der Verkehr zwischen den beiden Orten Unterbrechung erlitten.

Einzelheiten

(Telegraphische Meldung)

Ramur, 10. Dezember.

In dem bereits gemeldeten Eisenbahnunglück werden jetzt folgende Einzelheiten bekannt:

In dem Augenblick, wo der Zug Brüssel-Ramur, der die erste Station um 5.12 Uhr verlassen hatte, aus dem Bahnhof Gembloing auslief, verlegten

die Bremsen der Lokomotive. Der Zug raste dann die von Gembloing nach Ramur abführende Strecke mit einer zunehmenden Geschwindigkeit hinunter, besonders auf der stark abfallenden Stelle zwischen Hainin und Ramur. Er erreichte in einer rasenden Schnelligkeit die Einfahrt des Bahnhofes Ramur, wo infolge der zahlreichen Weichen und Kurven die Lokomotive auslief und die ersten drei Waggons, die gänzlich zertrümmert wurden, mit sich riß. Die anderen Waggons des Zuges blieben stehen. 10 Tote und 48 Verletzte sind zu beklagen.

20 Bergleute verunglückt

— Belgien, 10. Dez. Im Schacht „Glabbeek“ bei Deutsch-Wal (Vollrinne) wurden 20 Bergleute durch Einsturz eines Stollens verunglückt. Absterben zwei Tote und ein Schwerverletzter geborgen.

Schweres Verkehrsunfall auf Cuba — New York, 10. Dez. Nach einer Meldung der Associated Press aus Havanna fiel ein Autobus in der Nähe von Madruga mit einem Lokauto zusammen. 6 Insassen wurden getötet, zahlreiche andere erlitten Verletzungen.

Die Leseprobe

Was kommen muß, ist gekommen: Reichskanzler Müller hat seine Programmrede nach Vertrauensfrage (die erste seit Bestehen der Weimarer Verfassung) auf Donnerstag verschoben, weil die Parteien erst auf das große Spiel eingestiegen werden müssen. Die Finanzvorlage wird immer noch geheim gehalten. Nur die Führer der Fraktionen bestimmen den Wortlaut am heutigen Dienstag schon zu Gesicht. Es ist eine Leseprobe. Der wesentliche Inhalt des Entwurfs ist längst bekannt und der Streit darüber in vollem Gange: Einkommensteuererhöhung, das ist das Einzige, worüber sich so ziemlich alle Vertreter des deutschen Volkes einig sind. Aber bereits bei der Beratung der Realisierer beginnen die Meinungsverschiedenheiten. Was soll man denn den Gemeinden als Ersatz für ihren Verlust bieten? Den gesamten Verwaltungsaufwand? Wegen dieser Kopfsteuer herrscht bei den bürgerlichen Parteien ein allhergebrachtes Misstrauen, um nicht zu sagen ein gewisses Gerächel, bei der Sozialdemokratie aber, besonders auf deren linken Flügel entschlossener Widerstand, von dem vermutlich der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding etwas überkräftet sein wird. Keine Überforderung dagegen kann der Widerstand der bayerischen Volkspartei gegen die Biersteuererhöhung bringen. Denn diese Angelegenheit ist ja schon in aller Öffentlichkeit ausgetragen worden, und niemand wird sich wundern, wenn etwa das Zentrum den jorrigen Bayern zu Hilfe kommt.

Der schlimmste Punkt aber, der springende und der wunde Punkt in die Richtung der derzeitigen Kassenlage des Reiches, anders ausgedrückt: die dringend notwendige Befreiung des Reiches von Lastenverpflichtungen aus der Arbeitslosenversicherung, noch deutlicher: die vom Reichsminister Hilferding verlangte Erhöhung der Versicherungsbeiträge von 8 v. H. auf 12 v. H. Zunächst ein erhebliches Ueber die Kassenlage. Es ist eine Frage zum Jahresabschluss, eine vergrößerte Frage, ein rundes jährliches „Zuviel“, wenn nicht in letzter Minute mit amerikanischem Filantropen geholfen wird. Ist denn das Reich überhaupt noch in der Lage, zum Jahreswechsel seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen? Zum letztvorliegenden Jahresabschluss, dem 31. Oktober, betrug die schwebende Schuld 1219,9 Millionen Reichsmark. Sie ist im November, soweit man Prognosen nachrechnen konnte, weiter gestiegen und zwar hat, wie man erfährt, die Post dem Reich noch einmal 200 Millionen zugeführt. Für Dezember ist zweifellos ebenfalls eine starke Verschlechterung eingetreten, ebenso durch die mitterliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit, zweitens weil im ordentlichen Etat die Dezemberleistungen zur Deckung der normalen Deckschuld ausgeben und erst recht für die Auszahlungen auf die Auszahlungsfälligkeiten nicht ausreichen! Man kann die Kassenanbahnung aus all diesen Unglücksfällen getrost mit mindestens 300 Millionen veranschlagen. Dazu kommt, daß gerade zum Jahresabschluss gewisse Kreditmöglichkeiten nicht zur Verfügung stehen, so der 100 Millionen-Kontokorrentkredit bei der Reichsbank, der am Jahresabschluss ausgetilgt sein muß. Auch die Post will ausbleibend das ausgeliehene Geld vom Reich zurückhaben, weil sie es im Augenblick selber sehr nötig braucht. Sind etwa die Banken gewillt, einer Reichsregierung, die soeben vom Reichsbankrott bedroht wurde, daß sie jährlich die Ordnung ihrer Finanzen veräumt habe, unter die Arme zu greifen? Wir glauben nicht!

Es gibt also nur eines: Parierung in dem einen Punkte der Arbeitslosenversicherung. Und da liegt eben der Haken im Pfeffer. Man erinnert sich wohl noch, daß der Schwerkriegsbeschäftigten vom Juli dieses Jahres vorwärts, den Schwerkriegsbeschäftigten ermittelten Beitrag der Arbeitslosenversicherung in Höhe von etwa 200 Mill. kamen — es werden in diesem Winter schon wieder ganz sicher 200 Millionen sein — einerseits durch Erhöhung der Beiträge um 2 v. H. zu befestigen. Es war ein Kompromiß, nicht schön, aber annehmbar. Die Parteien im Reichstag haben es in ihrem wilden Raufen um die Millionen angefaßt. Es

Zur Mannheimer Theaterfrage

Von volksparteilicher Seite wird und geschrieben:

Den Beschlüssen ist zu entnehmen, daß der Herr Oberbürgermeister auf Grund der Bestimmungen in der letzten Bürgerausschussung vom 18. November und des Beschlusses vom 28. November der nächsten Bürgerausschussung die Mitteilung gegeben haben wird, daß diejenigen Maßnahmen getroffen werden, die erforderlich sind, um den Betrieb des Theaters mit Ablauf der Spielzeit 1929/30 zu schließen.

Wenn es keine Möglichkeit gibt, den Betrieb auf Grund des von der Volkspartei vorgeschlagenen Zuschusses von 1 1/2 Millionen Mark auf ungefähr gleichem Niveau aufrechtzuerhalten, kann der Beschluß nur gestützt werden, so sehr er auch mit Rücksicht auf die ehrwürdige Tradition des Theaters, auf das kulturelle Leben unserer Stadt und das von vielen Bühnengängern bedauert werden muß.

Ist der Beschluß aber wirklich unvermeidbar? Wir glauben nein! Nach dem Vorschlag des Stadtrats waren für die Spieljahre, von September 1930 an gerechnet, Zuschüsse vorgesehen von RM. 140 000 zusätzlich und RM. 500 000 für Personen für Angestellte, Beamte und Arbeiter, bauliche Unterhaltung, Feuerversicherung und Vermietung, im ganzen also rund RM. 1 600 000. Die Gesamtausgaben beliefen sich im Rechnungsjahr 1928/29 nach dem Rechnungsergebnis zusätzlich obiger RM. 500 000 auf RM. 2 864 000. Die Volkspartei hätte einen Zuschuß von RM. 1 000 000 zugesagt, RM. 500 000 — RM. 1 600 000 demnach, wobei der Unterschied gegen den föderalistischen Vorschlag RM. 150 000 — 5,24 Proz. des Gesamtbetrags beträgt.

Wird jemand, daß bei wirklichem Entschluß, das Theater aufrechtzuerhalten, diese 5 Proz. nicht einzusparen sind? Das Verbot in dieser Richtung angenommen worden, soll nicht bemerkt werden, wohl aber, daß die realistische Haltung, die das Theater mit einem Zuschuß von 1 1/2 Millionen Mark weiterzuführen. Als Beweis dafür, daß mit 1 1/2 Millionen Mark Zuschuß auskommen ist, sei der Etat der Darmstädter Theater, wo zwei Häuser unterhalten werden, demgegenüber ein Theater, dessen Vorstellungen, besonders im Schauspiel, denen des Mannheimer Theaters mindestens ebenbürtig sind und dessen Orchester nur ein Mitglied weniger zählt als das Mannheimer. Für Intendanten, Künstlerpersonal, Chor, Singschüler, Orchester, technisches Personal, besondere Leistungen und Ausschüsse betragen nach den Ergebnissen des Spieljahres 1928/29 die Ausgaben in Darmstadt RM. 1 813 000, in Mannheim RM. 1 932 830, beides nach dem Rechnungsergebnis für 1928/29. Würde hier der Unterschied zwischen Darmstadt und Mannheim in obigen Positionen von RM. 320 000 an dem Zuschuß für das Jahr 1929/30 von RM. 1 485 000 eingesetzt, so wäre das Gleichgewicht bereits erreicht, ohne auf andere Positionen, wie a. B. Urheberrechte, Darmstadt gegen Mannheim minus RM. 23 000 ufm. ufm. einzugehen. Ein bis ins Einzelne gehender Vergleich zwischen Mannheim und Darmstadt ist nicht möglich, da die RM. 300 000 Leistungen der Stadt Mannheim nicht einzeln aufgeführt sind.

Wenn helfen dem Abbau der Ausgaben auf die Darmstädter Höhe vertragliche Verpflichtungen entgegen, aber wir haben ja auch nur einen Teil, wenn auch der wesentlichen, zum Vergleich demgegenüber. Dem Beschluß, genaue Einsparungsmaßnahmen zu machen, muß unbedingt werden, da er nur Anlaß zu endloser Debatte gäbe und die Verwendung der bewährten Mittel dem Leiter des Theaters vorbehalten bleiben muß. Nur er kann maßgebend beurteilen, welche Künstler, Kapellmeister, Regisseure, Bühnenarbeiter und Hilfskräfte benötigt werden. Das Einschränkungsvorgehen, ist bekannt, es aber bei der geringen Beschäftigung sehr vieler für das Theater Verantwortlicher der Abbau aller wirklich erforderlichen Kräfte vorgezogen war, mag ähnlich bemerkt werden.

Die Profstellung der Ausgaben betrifft zudem nur die eine Seite des Haushaltsplanes, die andere, die Steigerung der Einnahmen, wurde gar-

nicht erwähnt, und doch gilt es gerade hier, die bisherige Politik, die sich um die Einnahmeseite gar nicht oder fast gar nicht kümmerte, gänzlich umzugestalten. Wir möchten nicht dem Zentrum bei, das einer Partei und einer Weltanschauung entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung des Spielplans vorbehalten wissen will, das wäre die Wiedererrichtung der Zensur, die Wiederkehr nämlich überwachener Zensur. Wohl aber muß verlangt werden, daß der Intendant sich zum Teil auch vom Geschmack und den Wünschen des Publikums leiten läßt, und nicht Stücke, die deutlich abgelehnt wurden, sechsmal und mehr wiederholt, auch wenn so gut wie keine Tageskarten verkauft werden. Das eine Steigerung des Erfolgs des Volksparteitheaters durch einen regelmäßigen Operettenabend möglich wäre, wurde schon im Bürgerausschuss erwähnt. Das für die Werbung für das Mannheimer Theater so gut wie nichts geschieht, ist ebenfalls, ebenso, daß Spielmöglichkeiten und damit Einnahmefähigkeiten in benachbarten Städten, a. B. Worms und Weinheim, neidlos auszunutzen wären überlassen werden.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen. Wir glauben, darunter zu haben, daß sowohl die Ausgaben vermindert, wie die Einnahmen erhöht werden können. Was heißt der Ausführung der Vorschläge entgegen? Der Widerstand der Zeitung, die von ihren Grundbesitzern und ihrer Einstellung nicht abgehen will. Auch vor diesem überhandnehmenden und Bürgerrecht kapitalistischer?

Die Entscheidung liegt bei dem Herrn Oberbürgermeister, der, so eingehend er auch die Möglichkeit des Abbaus einzelner Spielgattungen oder Genreleistungen mit Rücksicht auf die Spielstätten geprüft haben mag, doch die Verantwortlichkeit nicht auftragend, einem energisch widerstrebenden Willen entgegenzutreten, der ja geradezu zur Kapitulation aufmuntert, durch die Behauptung, daß auch bei Schließung des Theaters der Stadt 900 000 Mark Ausgaben erwachsen, jedoch der Unterschied gegen die Kulturverbältnisse nur 250 000 Mark betrage. Mit Verlaub, Herr Oberbürgermeister, haben denn die Ausgaben von 900 000 Mark bei Schließung des Theaters gar keine Einnahmen gegenüber? Veranschlagen Sie in diesem Falle, das selbsthin reichlich bekannte Erträge zu bezahlen und spazieren gehen zu lassen, würden Sie ein Angebot auf Vermietung des Theaters für längere oder kürzere Spielzeiten an auswärtige Spielleiter ablehnen, glauben Sie nicht, daß eine große Zahl von Künstlern, deren Vertrag über Sommer 1930 läuft, sich demüßigen würde, anderwärts unterzukommen?

Es mag zugegeben werden, daß die Schätzung der einer Ausgabe von 900 000 Mark gegenüberstehenden Einnahme schwierig ist, aber irreführend ist jedenfalls, zu behaupten, daß bei Schließung des Theaters der Unterschied für die Stadtkasse nur 250 000 Mark betrage. Auch stimmt die Summe von 250 000 Mark nicht, da den 900 000 Mark bei Schließung des Theaters die 1 800 000 Mark der Kulturverbältnisse gegenüber gestellt werden müssen. Eine Minderung der höchsten Ausgaben von jährlich 750 000 Mark, so selbst nur von 300 000 Mark, darf bei der heutigen, so außerordentlich hohen Wirtschaftslage gewiss nicht so gering geschätzt werden. Es ist einzufragen, ob nicht schon ein Zuschuß von 1 1/2 Millionen Mark aber das vertretbare Maß hinausgeht.

Nur die Erkenntnis, daß eine größere Einsparung als RM. 800 000 — von einem Jahr auf das andere nicht erreichbar ist, daß keine Fortschritt erfordern werden soll, die von vornherein als unerfüllbar an-

gesehen werden müßte, hat die Deutsche Volkspartei nach schwerem Gewissenskampf zu ihrem a. E. sehr weitgehenden Vorschlag gebracht. Damit ist aber auch die Grenze des verantwortlichen Möglichen erreicht. Scheitert die Fortführung des Theaters an dem Einigungsunwillen der leitenden Verantwortlichen, so liegt die Ursache nicht an der Unmöglichkeit, mit der zur Verfügung gestellten Summe auszukommen, sondern an der Unfähigkeit, den Ernst der Wirtschaftslage zu begreifen, und dem fehlenden Willen, ihr Rechnung zu tragen.

Der Standpunkt der Deutschen Volkspartei wird in dem vorliegenden Artikel genau dargestellt. Man kann dem noch hinzufügen, daß die volksparteiliche Fraktion im Mannheimer Rathaus seit Jahren die unbedingte Notwendigkeit der Einsparungen am Nationaltheater betont hat. Im letzten Jahre stimmte sie nur deshalb nicht gegen den Theaterzuschuß, weil er in den gesamten künftigen Etat mitangegenommen war und bei der Klärung eine Gesamtlösung des Haushaltplans der Stadt zur Folge gehabt hätte. Die Stellungnahme der Volkspartei duldet also nicht seit langer Zeit, sondern bildet die notwendige Folge einer seit Jahren vertretenen Haltung.

Wenn aber die vorstehenden Ausführungen keinen Zweifel darüber lassen, daß die Volkspartei in der gegenwärtigen Theaterleitung die Hauptursache für die ganze Situation erblickt, so müssen wir daran erinnern, daß es gerade die volksparteiliche Rathausfraktion war, die i. J. einem achtjährigen Vertrag des gegenwärtigen Intendanten zustimmte und sich noch ganz besonders für diesen Vertrag einsetzte, trotz der von anderer Seite ausdrücklich betonten Warnung. Wenn die Volkspartei in dieser Beziehung offenbar unlernen mußte, so mag sie doch bedenken, ob ihr das nicht auch bei einer allzu kritischen Sporkorderung passieren kann, die an sich sehr wohl verständlich und gerechtfertigt ist, aber nicht von heute auf morgen zur Durchführung zu kommen vermag.

Wenn hat die Volkspartei seit Jahren — als einzige Partei in dieser ausdrücklichen Betonung — die Forderung zu sparen aufgestellt. Aber in diesem Jahr tritt zum ersten Mal ihre abweichende Stimme in dieser Angelegenheit als das fraktionelle Handeln an der Borse in Erscheinung, was bedeutet, daß jetzt mit einemmal zu erheblichen Sparmaßnahmen gezwungen werden soll, die der gewöhnlich aufgeschätzte Theaterleiter eben nicht von einer Partei auf die andere vernehmen kann.

Das setzt sich in der Infanterie, die darin liegt, den Betriebsstand des Theaters mit drei Spielgattungen zu verhalten, die dafür erforderlichen Mittel aber immerhalb zu kurzer Zeit zu verringern. Wenn die von der Volkspartei beantragten Einschränkungen gemacht werden würden, so müßte die notwendige Folge zunächst eine Verminderung der künstlerischen Qualität der Vorstellungen des Theaters sein. Damit wäre aber auch zugleich ein Sinken der Einnahmen verbunden, über deren Verringerungsmöglichkeiten der der Volkspartei offenbar auch ein zu großer Optimismus herrscht.

Wenn in dem obigen Artikel gesagt wird, daß bei einer etwaigen Schließung des Theaters durch das Orchester Entschädigungen erzielt werden könnten, so beruht das auf einer Verkennung der Tatsachen. Das Orchester des Nationaltheaters hat seine im zehnjährigen acht Abnahmefolgezeit im Jahre 1928/29 kommen als mögliche Bestandteile der Konzerte der Volkspartei und der Bühnenschauspieler und zahlreiche andere Veranstaltungen. Damit ist der Bedarf an Instrumentalmusik für Mannheim reichlich gedeckt, und es dürfte kaum möglich sein, mit Konzerten des Orchesters nennenswerte Einnahmen zu erzielen, da solche Veranstaltungen in noch die Beziehungen der Gelder für Dirigenten, Solisten usw. mit sich bringen würden.

Eine Vermietung des Theaters würde nur dann möglich sein, wenn man dem betriebsförmigen Direktor die größten Freiheiten in der Auswahl der Stücke und in der Art der Aufführungen ließe. Ob dabei gerade das geschehen würde, was in dem

obigen Artikel im Hinblick auf die Wünsche eines nicht geringen Teils der Mannheimer Bevölkerung wegen der Spielplanwahl gelöst wird ersichtlich sehr fraglich.

So gerechtfertigt also die auch von unserer Seite nicht betonten Sparforderungen sind, so gewagt scheint uns eine Überleitung in ihrer Durchführung zu sein. Die Deutsche Volkspartei darf und soll auf ihren Sparprinzipien beharren, aber sie sollte dabei der Durchführung der notwendigen Maßnahmen die erforderliche Zeit lassen. Dabei würde es keine Infanterie bedeuten, wenn sie unter Maßnahme ihres berechtigten Standpunkts im Hinblick auf die von ihr ebenfalls geforderte Beibehaltung aller drei Spielgattungen sich mit einer Sparsumme einverstanden erklären würde, die als Beginn durchgreifender, aber auf längere Zeit verteilter, garantierter Einsparung zu betrachten wäre. Dr. K.

Städtische Nachrichten

Verstopfung der Rheinbrücke

So war es schon lange nicht, wie gestern nachmittags 4 Uhr. Eine Kette von in kurzen Abständen hintereinander folgenden Wagen vom Typus Sarrafant hatte den ganzen anderen Verkehr lahmgelegt. Sarrafant beherrschte die ganze Rheinbrücke. Es wäre zu wünschen gewesen, die Herren von Sarrafant oder jene von Berlin, die fürstlich biddendlichen berechnen, hätten das einmal gesehen. Von der Rheinbrücke bis hinauf an die Brücke nach Wöden an Wagen der Elektrizität. Derunter kamen nur Wagen vom Typus Sarrafant. Auf der Brücke Autos, Motorräder und Koffler. Sarrafant regelt den Verkehr! Die ein Schloßer humorvoll. Als die Sarrafantwagen vorüber waren, kamen aus der Stoppstraße etwa 30 Autos und Motorräder heraus und ebenso viel fuhren wieder hinein. Solchen Ideen fassen die Stadler.

Was fällt im Straßenbild auf?

Filmvorführungen im Schaufenster sind an sich eine besondere Angelegenheit auf das Publikum aus. Auch bei Daimler-Benz in der Gabelbergerstraße werden wieder Abendunterhaltung und Werbelliste gezeigt. Das ist eine Freude für Groß und Klein, wenn Chaplin seine Mädchen macht oder wenn der elegante Mercedes-Benz-Achtgänger „Der Herr im Schrittempo ohne jede Führung neben seinem Fahrer eintritt. Aber das ist noch lange nicht alles. Es folgen noch mehrere Bilder vom letzten Motorradrennen im Stadion, die die jährliche Herbstregatta des Rudervereins, Mannheimer Straßenverkehr usw.

Diegenannte Filme wurden von der Firma Photo-Max, P. A. H. Pöhl, und Kino-Vertrieb, aufgenommen und werden mit einem Schwalben-Projektor Kodakcope, Modell C, vorgeführt. Diese Firma zeigt gleichzeitig in einem Film, wie leicht das Photographieren ist. Während der Vorführung ist der Kundendruckraum in Dunkel gefüllt, um nach Beendigung der Vorführung in hellem Licht zu erstrahlen. Dann werden allezeit die herrlich schönen Vorträge bewundert, die in den Werkstätten der Firma Daimler-Benz gebaut wurden.

* Lebensmilde. In der Nähe der Eisenbahnstraße sprach gestern vormittag die 40 Jahre alte Frau eines Schneiders aus Adersheim in der Richtung auf das Leben zu nehmen, in den Weintropfen. Auf ihre Hilferufe wurde die Lebensmilde von einem herbeigeeilten 42 Jahre alten Elektriker aus Bad Godesheim und in einem Krankenhaus in das Krankenhaus verbracht. Grund zur Tot: mäßiges Komplikationsverhältnis. Lebensgefährtin besteht nicht.

* Nach der Straßenbahn gefallen. Ein 80 Jahre alter Mann in der Nähe der Eisenbahnstraße, als er an der öffentlichen Verkehrsmittel und der Straßenbahn aufsteigen wollte, einen Schwindel anfallen. Dasselbe fiel er von der hinteren Plattform der noch in Fahrt befindlichen Straßenbahn auf die Straße. Er erlitt einen Kopfverbruch, Verletzungen im Gesicht, Verletzungen an beiden Unterarmen und eine leichte Gehirnerschütterung. Der Verunglückte wurde in demselben Zustande von hinzukommenden Personen in seine nahegelegene Wohnung verbracht.

„Sie hinkt,“ sagte Porzellan sofort mit lebhaftem Bedauern. „Nein, lieber Schorfrieder, meine Deines Amtes!“ Ergeben legte er den Kopf wieder auf den Tisch: „Dort, Sie h...“ Weiter kam er nicht.

Nach die Sprüche, die im Wege umfallen, sind ein Widerspruch der Weisheitliche seiner Bedenken. Hier nur eine kleine Auswahl unter den besamtenen:

Wetter eine Carbine auf dem Brot als ein Reden in der Luft.

Je höher der Schwanz der Kuh, um so besser schmeckt er sie vor den Hirschen.

Der Rindstall legt seine Esterer.

Manchmal ist der Dettel mehr wert als der Topf. Deute, wenn du die Frucht gerecht bekommen willst.

Sag' es der Witter, sag' es dem Weibe, wenn du willst, daß etwas nicht unerachtet bleibe.

Nimm eine lebende Flegel, sperr sie ins Baderloch ein; wenn du sie später nicht findest, mach' Deiner Waid gegenüber du wirksam sein.

Was würde man doch an Geld verdienen, kaufte man Menschen nach ihrem Wert, verkaufte sie wieder um so viel Juchamen wie sie glauben, sie seien es wert.

Aber sollte letzteres Sprichwort wirklich nur für den Teufelers tüchtig sein, und ist es vielleicht nicht überall auf Erden anwendbar?

Literatur

* Graf Juppelle, ein Mann der Tat. Von H. Böhm. Berlin erscheint im Dun- und Buchverlag Carl Dietz KG. in Hamburg, dem Verleger des Buches Juppelle. In der Beschreibung (42.—51. Teil) des Buches. In diesem geschichtlichen Roman wird das Leben des großen und wohl bekannten Grafen Juppelle in einer Reihe von Jahren erzählt. Die wie vielen, die man lesen kann. — Der Buch wird bald auch in der unteren Reihe des Buches eine weitere Ausgabe geben, die die ersten beiden Teile des Buches enthält. Der Herr Juppelle hat den großen Erfolg, und seine Geschichte persönlich geschrieben, was ihm bei der Darstellung dieser Lebensjahre eine große Rolle zu spielen kam.

Südfranzösischer Humor

Von Alex Coulet, Toulouse

Die Sonne, die allgütige, wirft nicht nur auf die Landschaft ein, sondern auch auf die Menschen. Rings umher ist es ein Bild der Freude. Denn dort ist die Sonne der Leidenschaft, die Wärme, die Wärme, die Wärme mit seinen Trauben voll süßlichem Aroma und — die Einbildungskraft der Leute. Sie weiß dort die Wärme, sie kennt den Gedankenflug in besondere Bahnen, in die der Leidenschaft.

Ein großer Dichter, Edmond Rostand, hat diese Tatsache in seinem „Chantecler“ festgehalten: „Oh Sonne... du' die alle Dinge nur wären, noch eben sie sind.“

Es lohnt sich wohl, den Südfranzosen ein wenig näher zu betrachten, wenn man es dabei so klar anstellt, das man die Bedingungen auch zu sehen bekommt, die sein Leben unter dem Einfluß der Sonne gestalten. Sein Geist erhebt sich rasch, und das er sich schnell für etwas begeistern kann, gehört mit zu den Reizen des Südens. Außerdem ist nicht zu vergessen, daß die Sonne des klaren Himmels seiner Heimat, wenn er auch seine individuellen Fehler an den Tag bringt, doch in seiner Weise seine Vorzüge fördert, die ihm in geeigneten Augenblick zur Geltung kommen.

Der Südfranzose ist in die Region übergegangen, die Literatur hat unendlichen Stoff aus ihm geschöpft, und ihm verdanken wir Meisterwerke wie den „Tartarin de Tarascon“ und den „Gyranne de Bergagne“, von Gendreau'schen zweiten Ordnung gar nicht zu sprechen.

Zwei Tugenden sind es, die hauptsächlich herhalten müssen, der Marceller und der Gascogner.

Der Marceller ist die Heberzeugung in härtester Form, die bis zum selbst Unmöglichkeitlichen gezielte Aufklärung, der Gascogner dagegen liegt mehr die trockene aber ebenfalls maßlose Präzision.

Ein Schlag, der zwischen beiden steht, aber nicht minderes Interesse verdient, ist der Toulouse, mit dem Gascogner verwandt, weil der südliche Teil seiner Heimat geographisch zur Gascogne gehört. Aber außerdem verbindet ihn eine Bande mit dem ganzen Languedoc.

Toulouse ist in geistiger und künstlerischer Beziehung die Hauptstadt Südwestfrankreichs. Sie hat bedeutende Geister, bekannte Künstler geboren und bildet auch heute noch dank ihrer Unvergleichlichkeit und ihrer Akademien einen Sammelplatz hoher Kultur.

Es ist interessant, den Einfluß zu untersuchen, den die Sonne gerade hier in Toulouse ausgeübt hat, weil er sich einen Weg zum Sammelplatz wählen konnte, der schon vor langer Zeit geschloffen wurde. Hier hat das Tageslicht die Menschen geformt, die Legenden erziehen lassen und allem einen Haufen köstlichen Humors eingegeben.

So rühmt sich Toulouse seiner „Akademie der Blumen“, und nennt als deren Gründungsmitglied Dame Clementia Nostra, eine Art Kommode Gyria oder eine Corinna, die angeblich zu gleicher Zeit Dichtungen schuf und zu poetischen Ergüssen begeisterte.

Veldeer oder hat diese Clementia Nostra nie gelebt, wenn auch einige übertriebene Archäologen ihr Grab und darauf ihre Statue gefunden haben wollen. Ja, einer unter diesen gelehrten Herren, und nicht der schlechteste, der bekannte Chevalier Damois, hat in einem Augenblick begeisterten Deliriums die Schuld auf sich, in allen Einzelheiten ein „Testament“ der alten Dame zu erfinden, das er als authentisch ansah.

Dann haben wir auch die Toulouse'sche Legende von der schönen Paula de Blenier, die so lebhaft gewendet sein soll, daß sie die Klauen des Teufels, angeblich magte sogar das Parlament, um einen Korbhaarschuh zu vermeiden, beschickte, die schöne Paula habe sich täglich einmal von ihrem Balkon herab den verführerischen begeisterten Toulousern zu werfen.

Aber die unermüdbaren Fabel- und Fabelnoten erzählt, die nun einmal die Toulouser sind, wissen

noch Besseres zu berichten. Wände wären nötig, um alles anzudeuten, was an plumpen und dreisten Überreibungen, an feinen, witzigen und hübschen Geschichten umflutet.

Einmal wurden sie von Spasmastern in aller Offenbarkeit auf Plätzen und an Straßenenden erzählt. Das moderne Weisheit gehalten solche Beschäftigungen auf den überfüllten Straßen nicht mehr, aber diese Publikum leben in der Legende fort, und ihre Geschichten sind neben immer wieder neu erdachten noch im Umlauf.

Eine der bekanntesten Geschichten unter diesen Spasmastern war ein Gedicht an rühmlich bekannten Kapellmeister namens Cadabou. Sein Redewort verlief ihn nie. Einmal Tages fand er sich hinter den Kassen Koffler gegenüber, den man schon auf Cadabou vorbereiten hatte. „Wie kommt es nur, daß Sie eine derartige Spasmastere besitzen?“ fragte ihn ein wenig spöttisch der Komponist des „Mardiens von Sevilla“.

„Verzeihe Anrede, Herr Ruffini“, antwortete Cadabou ungehört. Und dann sagte er mit seinem ertönen Toulouser Akzent hinzu, der seinen Worten noch erhöhte Reiz verlieh: „Das liegt auch wohl an meinem Vaterhaus, Herr Ruffini, denn dort liegt alles so wunderbar, vom Weinchen am Herde und von der Suppe im Topf bis zum Wassereimer, der den Ton angibt.“

Eine alte Witte wollte einm, daß sie zum Tode bereitwillig begnadigt würde, wenn im Augenblick vor ihrer öffentlichen Hinrichtung eine Frau aus der Menge heraus sich bereit erklärte, den Todesurteil zu erfüllen. Einmal trat der Scherzmeister der letzten Vorbereitungen, um auf dem St. Georgsplatz einem gewissen Paronnet, einem hübschen Knecht, Fräulein und Menagerier, den Kopf vor die Füße zu legen, als eine weibliche Stimme rief: „Ich befreite ihn.“

Der Scherzmeister ließ seine Art sinken, ohne sein Stückwerk zu vollenden. Paronnet hob den Kopf vom Boden und sah eine Frau grinsend humpelnd auf das Schloß zukommen.

Die drei neuen Rheinbrücken

Mannheim-Ludwigshafen, Speyer und Maxau

Auf der am 2. und 4. Dez. in Berlin aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens abgehaltenen Jubiläumstagung des Deutschen Stahlbau-Vereins berichtete Reichsbahnminister Seidemann-Münch in einem längeren, durch zahlreiche Lichtbilder illustrierten Vortrag über den geplanten Neubau der drei Eisenbahnbrücken über den Rhein bei Mannheim-Ludwigshafen, Speyer und Maxau. Wir geben seine interessanten und von der Jubiläumstagung mit großer sachmännlicher Aufmerksamkeit aufgenommenen Ausführungen nachstehend auszugsweise wieder:

Über die Notwendigkeit der geplanten Neubauten kann kein Zweifel bestehen; der durch Krieg und Kriegsfolgen schwer getroffenen bayerischen Rheinplatz muß geschlossen werden. Das kann in erster Linie geschehen durch

Erschließung brauchbarer Verkehrswege zur Erschließung neuer Abzweiggebiete

Im Osten dem rechtsrheinischen Deutschland. Diesen Bedürfnissen können die bestehenden pfälzischen Rheinabzweigungen, die letzten Brücken bei Mannheim-Ludwigshafen und bei Wormsheim, sowie die Schiffsbrücken bei Speyer und Maxau nicht mehr genügen.

Es ist es verständlich, daß Reich, Reichsbahn und Länder den Neubau der drei Brücken bei Mannheim-Ludwigshafen, Speyer und Maxau beschlossen haben. Die nach dem Verkehrsentwurf notwendige Zustimmung der zuständigen Kommission ist bereits erfolgt. Zur Erlangung von Entwürfen für den Bau der drei Brücken wurde im vorigen Jahre ein öffentliches Ideenwettbewerb unter deutschen Ingenieuren und Architekten ausgeschrieben. Unter den eingegangenen 87 Entwürfen waren naturgemäß die bekanntesten Systeme am zahlreichsten vertreten, jedoch wurden auch eine ganze Reihe von den herkömmlichen Formen abweichende Lösungen getroffen.

Für die Mannheim-Ludwigshafener Brücke

forchtete der Wettbewerb eine neue zweifelhafte Eisenbahnbrücke; die bestehende Eisenbahnbrücke wird zur Straßenbrücke umgebaut. Nach den Ausschreibungsbedingungen konnten neben Entwürfen mit 3 Öffnungen von rd. 90 Meter Stützweite auch solche für eine einzige Öffnung mit rd. 270 Meter Stützweite vorgelegt werden. Dementsprechend haben etwa 1/3 der Verfasser Überbauten ohne Zwischenpfeiler vorgeschlagen; 6 Bewerber trachten den Ausschlag zunächst einem Überbau mit Zwischenpfeilern zuzuschreiben und diesen im Bedarfsfall unter Beteiligung der Zwischenpfeiler zu weitgespannten Stützbrücken zu ergänzen.

Für Speyer

war als Urtyp für die Schiffsbrücke eine einseitige Eisenbahnbrücke und auf gemeinsamen Pfeilern, jedoch mit getrennten Überbauten, eine Straßenbrücke zu entwerfen. Mit Rücksicht auf die vorgezeichneten Spannweiten von rd. 100 Meter und 120 Meter Stützweite mit anschließender 270 Meter langer Schiffsbrücke gelangten hier die eingehenden Entwürfe große Beliebtheit bei der Jury.

Für die Brücke bei Maxau

ergaben sich ähnliche Verhältnisse, wo ebenfalls zwei ungleiche Spannweiten mit rd. 170 Meter und 70 Meter Stützweite vorgezeichnet waren.

Zur unmittelbaren Wahl für die Ausführung konnten die eingehenden Entwürfe mangels näherer Angaben über Ausführung und Kosten nicht dienen. Die Reichsbahn beschloß daher, für jede der 3 Brücken einen der für die Ausführung geeignet erscheinenden Entwürfe eingehend auszuwerten zu lassen. Für die Brücken bei Speyer und Maxau sind diese Arbeiten eingeleitet; für Mannheim-Ludwigshafen liegen die Ergebnisse entsprechend der besonderen Dringlichkeit dieser Brücke bereits vor.

Die zur Ausarbeitung gegebenen Entwürfe lassen sich einteilen in

1. Pfeilerbrücken ohne Kaddeumöglichkeiten;
2. Pfeilerlose Brücken;
3. Pfeilerbrücken, welche zur Pfeilerlosen Brücke ausgebaut werden können. (Stappenbrücken).

Von der ersten Gruppe wurden zwei Entwürfe, ein Parallelträger mit Rahmenstützen und ein durchlaufender Blechträger, durchgearbeitet. Von der zweiten Gruppe wurden zwei Bogen mit Stützband, davon der eine als vollwandiger Bogen, der andere als Stützwerkbojen, sowie zwei verstellte Stützbrücken (Kantelnde Balken) mit Fachwerkstützensträger bearbeitet. Von der dritten Gruppe wurden zwei Entwürfe der nächsten Ausführungsart untersucht; außerdem wurde für einen Entwurf der zweiten Gruppe noch ein Vorschlag für den Stappenbau ausgearbeitet.

Die Ausarbeitungen der ersten beiden Gruppen stellen mehr oder weniger fertige Konstruktionen dar.

Von besonderem Interesse erscheinen wegen ihrer Neuartigkeit die Entwürfe der dritten Gruppe „Stappenbrücken“.

Allen Lösungen der „Stappenbrücke“ liegt das sich hieraus besonders eignende System des verstellten Stützbojens zugrunde, dessen Verstellmechanismus im 1. Kuban der Tragwerk der Pfeilerbrücke bildet. Nach dem einen Vorschlag sollen die Hauptträger der Pfeilerbrücke von vornherein so stark bemessen werden, daß sie ohne spätere Verstärkung als Verstellträger im Langen stehen können; diese Anordnung hat sich als unwirtschaftlich erwiesen. Nach dem zweiten Vorschlag werden die Hauptträger der Pfeilerbrücke nur halb so stark bemessen und so ausgebildet, daß sie durch Anlagern weiterer gleich starker Hauptträger an die erforderliche Tragfähigkeit einer weitgespannten Pfeilerlosen Brücke gebracht werden. Die Verbindung der Hauptträger kann ohne Schwierigkeiten durchgeföhrt werden. Nach erfolgtem Einbau der zweiten Hauptträger erfolgt der eigentliche Ausbau zur Pfeilerlosen Brücke durch Anlagern der Stützbojen und Abbau der Zwischenpfeiler.

Die Baukosten

beziehen auf die eigentliche Stützbrücke ohne Nebenspannungen, wurden wie folgt ermittelt: 1. Gruppe: Pfeilerbrücken rd. 3-4 Mill. RM, 2. Gruppe: Pfeilerlose Brücken rd. 3,5-6 Mill. RM, 3. Gruppe: Stappenbrücke: 1. Kuban rd. 4,3 Mill. RM, 2. Kuban rd. 3,3 Mill. RM. Für die Bedürfnisse der Reichsbahn ist der Bau einer Pfeilerbrücke ausreichend. Wenn aber mit Rücksicht auf die Schiffahrt eine Pfeilerlose Brücke angekreht wird, und die erweichenden Maßnahmen von den Stellen übernommen werden, die diese Forderung vertreten, so sollte in erster Linie die „Stappenbrücke“ zur Ausführung kommen. Für den in wirtschaftlicher als der sofortige Bau einer Pfeilerlosen Brücke. Sie verspricht ferner die Entschärfung, ob eine Pfeilerlose Brücke notwendig ist, auf einen Zeitpunkt, in dem die Entwicklungsmöglichkeit der Rheinschifffahrt vielleicht besser überblickt werden kann, als jetzt. Dazu kommt noch in Betracht, daß der beim 1. Kuban der „Stappenbrücke“ gegenüber der Pfeilerlosen Brücke ersparter Betrag mit Zins und Zinseszins bis zu diesem Zeitpunkt auf die für den 2. Kuban notwendige Baukosten summe anwächst. Je weiter sich der 2. Kuban hinausschiebt, desto günstiger wird das Bild.

Um auch über die jährlichen Aufwendungen für Vergütung und Tilgung der Baukosten unter Einfluß der jährlichen Unterhaltungskosten ein klares Bild zu gewinnen, sind eingehende Berechnungen und Tabellen aufgestellt worden, die in ihren Ergebnissen die obige Feststellung der gleichen oder

größten Wirtschaftlichkeit der Stappenbrücke

voll bestätigt haben. Mag nun die Entscheidung über die auszuführende Konstruktion bei der Mannheim-Ludwigshafener Brücke fallen wie sie will; zu hoffen ist, daß mit einer baldigen Verwirklichung der ersten neuen Stützbrücke der erste Schritt getan wird zum Teile unserer Pfalz, zum Segen anderer deutscher Vaterländer.

Neues von den Neckarstufen

* Heidelberg, 9. Dez. Die Arbeiten an den Neckarstufen schreiten rüstig fort. In allerhöchster Zeit soll nahe der Derrnmaße der geplante Kraftwerksbau begonnen werden. Den Nachbau für das Kraftwerk der Neckarstufen der Stautele bestm. nach der Bauart der Stautele zu vollenden. Der Hochbau dient der Aufnahme einer Kaplanturbinen von 300 PS.

Bei den Arbeiten an der Stautele oberhalb des Bahnhofs Neckarsteinm. wurden bisher rund 300.000 Kubm. Erdmasse ausgehoben, wovon rund 200.000 Kubm. stellen waren. Fertiggestellt sind bereits die unterste Wehröffnung mit anschließender Wehrröhre. Die mittlere Wehröffnung ist noch vor Weihnachten fertigzustellen. Bemerkenswert ist, daß die linke Seite der Anlage auf halber Höhe und die rechte auf fast gleichem Niveau an ihren kommt, da der Neckar an dieser

Deutsche Volkspartei

Mitglieder-Versammlung des Ortsvereins Mannheim

Der Mannheimer Ortsverein der Deutschen Volkspartei hatte am vergangenen Montagabend zu einer Mitglieder-Versammlung im großen Saal des Werksbüros eingeladen. Bei der Eröffnung gab der Vorsitzende, Stadtrat Ludwig, seiner Freude über den überaus starken Besuch der Versammlung Ausdruck, um mit dem Wunsch zu schließen, daß das Wirken der beiden Landtagsabgeordneten, Reichs-anwalt Dr. Waldeck und Gauverwalter Eduard Wenzel von höchstem Erfolg besetzt sein möge. Hiernach ergriff der Redner des Abends

Landtagsabgeordneter Dr. Waldeck

das Wort, um a. a. auszuführen, daß die stärkere Beteiligung bei der Landtagswahl weder der Deutschen Volkspartei noch den Demokraten wohl vor allem nicht unwillkommen sei, weil die Spitzfraktionen einerseits und die Nationalsozialisten andererseits einen starken Einfluß ausgeübt hätten. Der Wunsch des Zentrums und der Sozialdemokratie mag wohl zum großen Teil mit dem neuen Landtagswahlergebnis zusammenhängen. Von dieser neuem Zusammensetzung des Landtags ausdrücklich, kam der Redner auf die

Koalitionspolitik

zu sprechen, um hier einleitend die Einstellung der einzelnen Parteien zur Regierungsbildung zu skizzieren. Die bisherige Opposition der Deutschen Volkspartei war immer so sachlich und ihre verantwortliche Einstellung zum Staat so groß, daß sie sich möglichst zum Eintritt in die Regierung bereit erklärt hätte. Dies nunmehr, als sie mit ihren Abgeordneten in die Kreise des bayerischen Volkes vertritt, die auf Grund ihrer verantwortlichen und geistigen Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft auf die Dauer nicht absteigen können.

Die Verantwortlichkeit zur Mitwirkung an der Regierungsbildung behalte die grundsätzliche Forderung eines Ministerkabinetts ohne Beteiligung des betreffenden Reichstags, da man sich mit einem Staatsoberhaupt nicht begnügen wolle. Da auch die Demokraten und Sozialdemokraten je einen Minister, das Zen-

trum zwei verlangte, so waren für vier Ministerien fünf Kandidaten vorhanden. Man unterschied plötzlich große und kleine Ministerien. Das Zentrum suchte auf seine Abgeordnetenzahl und verlangte neben dem Finanz- auch das Kultusministerium. Auf die nunmehr an die Deutsche Volkspartei herantretenden Anfragen bez. ihrer Stellungnahme zu dieser Zentrumsforderung betonten wir zuerst, daß wir einmal grundsätzlich die Anerkennung unserer Forderung auf einen Ministerposten verlangten. Erst auf die Anfrage, ob die Deutsche Volkspartei das Kultusministerium übernehmen würde, wurde das Zentrum geantwortet, daß das Kultusministerium erbreitete würde. Auf die nunmehr folgende präzisere Frage des Zentrums, ob wir in die Regierung gingen, wenn wir das Kultusministerium erhielten, wurde mit nein, wenn wir das Kultusministerium erhielten, jaheimlich geantwortet. Die Sozialdemokratie, die sich bisher zurückgehalten hatte, schloß sich, doch es unter Umständen zur Regierungsbildung ohne ihre Beteiligung kommen könnte, sie dadurch also ihre einzige Machtposition in Süddeutschland verlieren würde. In diesem Stadium der Verhandlungen tauchte der Gedanke eines Wirtschaftskabinetts auf. Nach dem Bericht über die Mitglieder-Versammlung der Demokratischen Partei in der „Neuen Württemberg-Zeitung“ hatte Dr. Wolfhard erklärt, Dr. Waldeck wolle diesen Vorschlag übernehmen. Auf Anfrage des volksparteilichen Generalsekretärs Wolf hat er dann berichtet, daß Dr. Waldeck gesagt habe, wenn alle Voraussetzungen für die Bildung des Ministerkabinetts zutreffen würden, käme es wohl für die D.V.P. in Frage, persöhnlich seine Stelle. Wegen des Wirtschaftskabinetts sprach jedoch gegen, vor allem die hiermit verbundenen neuen Aufgaben.

Es kam nun zum allgemeinen Schreden von Zentrum und Sozialdemokratie zum Zusammenbruch der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei ein Schritt, den man auf der Gegenseite nun doch nicht erwartet hatte, zur

Arbeitsgemeinschaft der beiden Fraktionen

In Verfolg des Beschlusses, daß die Demokraten sich mit zwei Sozialisten begnügen wollten und den volksparteilichen Ministerkandidaten für das Kultusministerium unterliegen würden, wurde dann die nochmalige Anfrage des Zentrums, ob sich die Arbeitsgemeinschaft oder auch die Demokratische Partei allein mit dem Finanzministerium begnügen würden, von beiden Seiten abgelehnt. So kam es zur Schwarz-roten Koalition. Die vor allem dem Zentrum einen Gewinn brachte. Ist doch das Finanzministerium das bei weitem wichtigste, und der Einfluß des Zentrums im Kultusministerium auch ohne Minister schon fast genug. Ob Herr Klemmle für das Kultusministerium der geeignete Mann ist, scheint uns sehr fraglich. Trotzdem kann man verstehen, daß es dem Zentrum in dieser Regierung mit dem Sozialdemokraten allein nicht ganz wohl ist. Staatspolitisch vor diese Art der Regierungsbildung ein großer Fehler.

Die Arbeitsgemeinschaft der beiden Fraktionen der liberalen Parteien ist noch keine Verwirklichung. Aber sie kann als der Anfang einer Entwicklung betrachtet werden, die gegen die heutige Verfassung zur Bildung einer starken großen Volkspartei führt, in der alle bürgerlichen Kräfte zur Zusammenarbeit herangezogen werden. Vorher bedingt diese Arbeitsgemeinschaft das Aufgeben der gegenseitigen Verfassung der beiden Parteien in Baden. Der neue Vorschlag hat seinen vorläufigen Wert gewonnen. Die großen Maßnahmen der Regierungsparteien hinsichtlich der Reichsreform sind heute unumkehrbar. Vor allem aber sollte man sich davon lösen, dem Landtag überflüssige Arbeit aufzubürden und eine große Anzahl Kräfte einzusetzen, für die lediglich die Reichsregierung zuständig ist. Unter dem Vorwand der Verfassung ist der Redner seine hochinteressanten Ausführungen mit dem Hinweis, daß die Deutsche Volkspartei weiterhin in solcher Opposition verharren werde, daß sie diese Opposition aber, wenn es sein müßte, auch in die härtesten und energiereichsten Formen leiten könne.

Am der Ausfrage

betreffend die Herren Schäfer, Walter, Schäfer und vor allem Stadtrat Haag und Dr. Brandt. Während Herr Haag vor allem in profanischer Hinsicht an den politischen Fragen der Partei Stellung nahm, kam Dr. Brandt eingehend auf die Stellung der Jugend zur Politik zu sprechen. Er betonte ihre Unzufriedenheit mit den heutigen politischen Verhältnissen und den alten Parteien. Von der Bildung der Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler ausgehend, verlangte er die stärkere Beachtung jugendlicher Ideen und ihrer Forderung einer starken nationalen Partei der Mitte unter Betonung des nationalen und sozialen Gehalts.

Nach dem Schlußwort des Redners sprach der Vorsitzende den Anwesenden für ihre rege Anteilnahme den herzlichsten Dank aus und forderte sie auf, ebenso zahlreich die am 22. Dezember stattfindende Reichsversammlung am 22. Dezember zu besuchen und von der Wahlurne mitzubringen.

H. Selbmann in Pforzheim

* Pforzheim, 10. Dez. Sitz hat eine bei ihrer verheirateten Tochter zu Besuch weilende ältere Frau ihrem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Es ist dies der 24. Selbstmord in dieser Stadt, den Pforzheim zu verzeichnen hat.

R. Waldhuf, 9. Dez.

Dieser Tage wurde das Todeserkenntnis vom letzten Jahre verurteilt. Kaiser ist eine Preussische Firma. Bis dem Seiner wurden 22. A. bezahlt.

* Freiburg i. Br., 10. Dez. Das Sanatorium Redhaus zwischen Winterthal und Freiburg, das vor gar nicht allzu langer Zeit in eine AG umgewandelt wurde, hat seine Zahlungen eingestellt und Kommerz bestritten. Der Bankrott wurde heute erklärt. Zum Konkursverwalter wurde Rechtsanwalt Schilling bestellt. Über den Status sind Mitteilungen noch nicht zu erlangen.

Stelle die Grenze zwischen beiden Ländern bildet

In den Arbeiten werden ein Wasserrad, drei Sesselbagger, fünf Krane und ein Vollwalzen verwendet. Außerdem sind drei Pumpen von 300 mm Durchmesser in Betrieb, um die Arbeitsstellen von nachdringendem Grundwasser zu befreien. Beschäftigt waren maximal 600 Arbeiter. Jarselt sind es nur noch 300.

Andere Stufen nedarunter sollen in den Jahren 1931/32 bei Girsbach und Rodenau bei Überbach und in den beiden nachfolgenden Jahren bei Neckarsteinm. gebaut werden. Danach kamen dann noch die für Girsbach und Rodenau vorgesehenen Stufen. Am Oberlauf des Neckars sind die Stufen Oberhingen, Hartheim (oberhalb Girsbach) und Rodenau im Betrieb. Die im Bau befindliche Stufe Girsbach-Überbach wird bis zum nächsten Frühjahr fertig werden.

Veranstaltungen

* Gelsenberg, 1. Dez. Am Sonntag, 1. Dezember haben folgende Vereine im Stadionsaal gefeiert: Gelsenberger Fußballklub, Arbeiter-Sportklub und Gelsenberger Arbeiter-Sportklub.

* Die Wanderversammlungen von Gelsenberg, die wir bereits bei der 2. Wanderversammlung, deren Kundgebungswort in Gelsenberg im großen Saal stattfand, auf die letzten Wanderversammlungen, waren Mittwoch und Donnerstag im letzten Male über das in aktuelle Thema „Die Wanderversammlungen von Gelsenberg“ in der Zeitung „Westfälischer Anzeiger“.

* Verein für Rattenfänger. Am Mittwoch sprach Oberlehrer Dr. Ing. Frick, Rattenfänger in Gelsenberg über die Wanderversammlungen mit Wanderversammlungen. (10. Anzeiger.)

Aus dem Lande

Die Arbeitslosen in Heidelberg

K. Heidelberg, 9. Dez. Die Zahl der Arbeitslosen ist gegen die Vorwoche um 179 geblieben. Unterliegt werden gegenwärtig in der Arbeitslosenversicherung 8199 männliche und 740 weibliche, in der Arbeitslosenversicherung 328 männliche und 575 weibliche, zusammen also 9473 Personen. Davon treffen auf die Stadt Heidelberg 2242 Personen. Nur die laufmännliche Abteilung konnte eine Besserung ihrer Verhältnisse erzielen. In der gleichen Zeit des Vorjahres wurden 1900 Unterliegend mehr gezahlt. Der Hauptgrund hierfür ist die Bauwirtschaft.

Heidelberg, 8. Dez.

In der letzten Abend abgehaltenen Generalversammlung der Ortsgruppe Heidelberg des Odenwaldklubs wurde der erste Vorsitzende Direktor Adolf Weich einstimmig wiedergewählt. Dieser sollte den im Berichtsjahre verstorbenen drei Wanderversammlungen Oberlehrer Dr. Georg Wolf, Dr. Wilhelm Hübner und Apotheker Dr. Hübner einen Nachruf. Aus dem für 1930 festgesetzten Wanderversammlungsplan ist zu entnehmen, daß die Hauptversammlung des Odenwaldklubs am 20. Juni in Döbburg stattfinden wird. Auf 5. Juli wurde das Wochenfest in Gelsenberg und am 5. Oktober die Pfalz-Wanderversammlung in Rodenau. — Bad Dürkheim, 9. Dez. Am Sonntag nachmittags wurde ein 15jähriger Lehrling aus Birkfeld mit seinem Fahrrad in der Weidenhagenstraße zwischen zwei sich kreuzenden Straßenbahnwagen durchfahren. Unschlüssig wurde der junge Mann vom Führer erfaßt und vom Rad gelassen. Ein Rad der Straßenbahn ging über den Fuß des Unschlüssigen hinweg und drückte diesen bis zum Anschlag ab. Er wurde ins Krankenhaus verbracht und wird dort behandelt.

Zusammenstoß in der Breitenstraße

Der neue Verzug der D.V.P. nach Heidelberg scheint in der Stadt vom Volk verstanden zu sein. Heute mittags lief ein nach der Neckarbrücke fahrender Zug bei der Straßenkreuzung K1/U1 auf ein mit zwei Pferden bespanntes leeres Kolonnenfahrzeug einer Mannheimer Viehhändler auf. Bedingt dem Umstand, daß der Fuhrmann sofort seine Pferde weichen ließ, ist es zu vermeiden, daß der auf dieser Straßenkreuzung nicht haltende Zug nicht auf die Pferde ansetzt. Ein Glück auch, daß das Fuhrwerk nicht mehr beladen war. So ging es mit einigen Schrammen an der Vorderwand des Wagens und Schürfwagen an der Plattform der Straßenbahn ab. Ein geübter Menschenaufbau enthielt, der sich erst gerührte, als das Unglück übersehbar wurde.

Ernannt wurde Verwaltungsratsmitglied Alfons

Wilmann bei dem Bezirksamt Mannheim zum Verwaltungsratsmitglied.

Warnung vor einem falschen Gerichtsbescheid

In den letzten Wochen trat in mehreren norddeutschen Städten sowie in Würzburg ein Vertrag auf, der sich als Bescheid des Amtsgerichts ausgab und bei Familien vorstehend mit dem Vorzeichen, es sei ihnen unerwartet eine Erbschaft in bedeutender Höhe zugesichert; nur müßten vor der Auszahlung die von ihm vorgezeichnete Bescheinigung in Höhe von 400 bis 700 A. beizubringen werden. Der Bescheid ließ sich in diesem Sinne von seinen Opfern namhafte Vorstände geben. Das Publikum wird vor dem Betrug gewarnt und angefordert, Nachrichten über ein eventuelles Kopieren schnellst dem Polizeipostamt (L. 4, 1. Verleger 3501) oder der nächsten Polizeiwache zuzuführen zu lassen.

Wiederfall durch Zigaretten

Wiederfall durch Zigaretten. Gestern Abend drangen ein 45 Jahre alter Eigenner, seine Ehefrau, sein 18 Jahre alter Sohn und ein anderer Eigenner, sämtlich aus Sandhofen, in die Wohnung eines 46 Jahre alten Müller, wohnhaft in den Weidenhagen am Pfaffenberg, und vertrieben ihn aus dem Haus mit Spitzbuben auf einen dort wohnenden 18 Jahre alten Eigenner und auf dessen 21 Jahre alte Frau ein. Das Paar flüchtete in das angrenzende Zimmer. Der 45 Jahre alte Mann und Sandhofen verließ die Flüchtenden und gab auf einer Treppe auf den Müller zwei Schüsse ab. Dieser erlitt am linken Oberschenkel zwei Schussverletzungen und wurde im Sanitätskranz nach dem Krankenhaus verbracht.

Koch am abzugeben

Koch am abzugeben. Als gestern Abend ein 18 Jahre alter Schreiner in seiner in der Spielmannsstraße gelegenen Wohnung mit einem Revolver spielte, wird ein Schuss und drang ihm in den linken Unterarm. Der Verwundete wurde in das Allgemeine Krankenhaus überführt.

Monatsbericht der Dresdner Bank

Nicht wesentlich veränderte Wirtschaftslage

In ihrem höchsten Reichsfinanzbericht über die Dresdner Bank unter anderem aus, das die im vergangenen Monat die Wirtschaftslage im ganzen nicht wesentlich geändert sei.

Die wirtschaftliche Bewegung der Woche, die von Mitte Oktober bis Mitte November durch den allgemeinen Rückgang gekennzeichnet war, ist in den letzten Wochen wieder zum Aufbruch gekommen.

Die wirtschaftliche Bewegung der Woche, die von Mitte Oktober bis Mitte November durch den allgemeinen Rückgang gekennzeichnet war, ist in den letzten Wochen wieder zum Aufbruch gekommen.

Die wirtschaftliche Bewegung der Woche, die von Mitte Oktober bis Mitte November durch den allgemeinen Rückgang gekennzeichnet war, ist in den letzten Wochen wieder zum Aufbruch gekommen.

Die wirtschaftliche Bewegung der Woche, die von Mitte Oktober bis Mitte November durch den allgemeinen Rückgang gekennzeichnet war, ist in den letzten Wochen wieder zum Aufbruch gekommen.

Die wirtschaftliche Bewegung der Woche, die von Mitte Oktober bis Mitte November durch den allgemeinen Rückgang gekennzeichnet war, ist in den letzten Wochen wieder zum Aufbruch gekommen.

Die wirtschaftliche Bewegung der Woche, die von Mitte Oktober bis Mitte November durch den allgemeinen Rückgang gekennzeichnet war, ist in den letzten Wochen wieder zum Aufbruch gekommen.

Die wirtschaftliche Bewegung der Woche, die von Mitte Oktober bis Mitte November durch den allgemeinen Rückgang gekennzeichnet war, ist in den letzten Wochen wieder zum Aufbruch gekommen.

Die wirtschaftliche Bewegung der Woche, die von Mitte Oktober bis Mitte November durch den allgemeinen Rückgang gekennzeichnet war, ist in den letzten Wochen wieder zum Aufbruch gekommen.

Befriedigende Reichsbankentlastung

Reichsbank und Beratungsstelle

Reichsbank gegen die Berliner Anleihe

Die Stadt Berlin hat bekanntlich bei der Beratung der Reichsbank ein fürstliches Verhalten gezeigt. Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Die Reichsbank hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Frankfurter Gasgesellschaft AG.

Berichtigung der Vorstands-Erklärung

In der G. G. hat sich das gesamte K. K. und zwar 24.280 Aktien durch 10 Aktienstücke vertreten. Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen. Der Vorstand der G. G. hat sich dem gegenüber nicht erwidern lassen.

Kurszettel der Neuen Mannheimer Zeitung

Table with columns for various stock indices and prices, including Mannheimer Effektenbörse, Frankfurter Börse, and Transport-Aktien.

Kurszettel der Neuen Mannheimer Zeitung

Table with columns for various stock indices and prices, including Mannheimer Effektenbörse, Frankfurter Börse, and Transport-Aktien.

Kurszettel der Neuen Mannheimer Zeitung

Table with columns for various stock indices and prices, including Mannheimer Effektenbörse, Frankfurter Börse, and Transport-Aktien.

Sternguß

In den fortgeschrittenen Bemühungen der Verbesserung unserer technischen Baustoffe gehört auch die Erhöhung der Festigkeitseigenschaften des Wüsteneisens. Krupp ist auch auf diesem Gebiete ein beachtenswerter Erfolg beschieden, und zwar, was zur Bewertung technischer-wissenschaftlicher Forschungsarbeiten wesentlich erscheint, als Ergebnis planmäßiger Studien. Unter dem Namen Sternguß wird ein Gusseisen hergestellt, das nicht nur erhöhte Festigkeit unter normalen Umständen aufweist, also eine Verminderung des Konstruktionsgewichtes gestattet, sondern vor allem die nachteilige Beeinflussung der Festigkeitseigenschaft von Gussstücken mit hart abweisenden Sandkernen in weitem Maße aufhebt. Chemisch charakterisiert es sich durch einen sehr geringen Kohlenstoffgehalt (etwa 2,7 Prozent Kohlenstoff, 2 Prozent Silicium, 1,4 Prozent Mangan). Die Festigkeitseigenschaft wurde im Durchschnitt mit etwa 10 Kilogramm je Quadratmillimeter ermittelt, die Bruchdehnung bei 20 Kilogramm Selbst bei Sandkernen von 100 Millimeter ergab sich im Kern noch eine Festigkeit von 25 Kilogramm. Bei Temperaturen bis 500 Grad ist die gleiche Festigkeit vorhanden wie bei normaler Temperatur. Nach 1000stündigem Halten bei 500 Grad bis 550 Grad ist noch eine Wärmebehandlung von mindestens 50 Kilogramm vorhanden. Beachtenswert ist das geringe Maß des Materialverlustes bei Erwärmung, das bei gewöhnlichen Gusseisen oft bis zu 10 Prozent beträgt, d. h. die Abmessungen des Wüsteneisens vergrößern sich bei harter Erwärmung im Vergleich allmählich. Bei Sternguß wurden nur 2-3 Volumenprozent ermittelt. Die Dauerfestigkeitseigenschaft ist zum Teil so groß wie bei gewöhnlichem Gusseisen. Die Verformbarkeit liegt nach Prüfungen im Ebenbahnenzustand bei etwa 0,48 mkg/cm für das 10 mkg Schlagwerk. Schließlich sei angeführt, daß die Wärmeleitfähigkeit und die Wärmeausdehnungskoeffizienten bei einem Grad Temperaturunterschied gemessen wurde und die elektrische Leitfähigkeit zu 1,65. Die Wärmeleitfähigkeit ist also wesentlich geringer als bei gewöhnlichem Grauguß (40) die elektrische Leitfähigkeit aber etwas größer (1,43).

Elektrischer Klein-Bohrer

Das elektrisch betriebene Handwerkzeug, das sich längst die Werkstätten und Fabriken erobert hat, beginnt nunmehr auch im Privathaushalt seinen Einzug zu halten. Dieser verdankt die gewöhnliche Konstruktion, der Umfang und der dadurch bedingte hohe Preis die allgemeine Einführung des elektrischen Werkzeuges; aber seitdem man gelernt hat, verlässliche Kleinmotoren zu bauen, haben elektrische Apparaturen überall im Haushalt Verwendung gefunden, und das alte, in der Hand des Laien nur zu oft wirkungslose Werkzeug wird hierlich in Form von den leichtesten, billigen und bequemen, modernen Elektrowerkzeugen verdrängt werden, die von jedem Kinde gehandhabt werden können. So ist neuerdings ein elektrischer Bohrer auf dem Markt erschienen, der durch seine handliche Form, sein geringes Gewicht und seinen niedrigen Anschaffungspreis ganz besonders für kleine Werkstätten, Wagen, und Haushalte geeignet ist. Der Bohrer, der insgesamt nur drei Pfund wiegt, kann an jede Steckdose angeschlossen werden; er hat die praktische, gewöhnliche Form eines kleinen Turm, kann also ohne weiteres mit einer Hand geführt werden und ist sowohl zur Bearbeitung von Metall wie von Holz verwendbar. Die Zylinderform gewährleistet ein genaues zentrisches Bohren und macht ein Durchdringen des Bohrloches unmöglich. Als ein Ausstattungsstück durch einen Knopf, der durch leichten Fingerdruck bedient wird, ohne daß irgend eine Hand in der Lage oder Führung der Hand, die die Maschine hält, notwendig wäre. Der Elektroböhrer erreicht eine Umdrehungszahl von 5000 pro Minute und kann für jede Spannung und Stromart geliefert werden. Er hat Platz in jedem Schrank und im Kleinsten Werkzeugkasten; sein geringer Durchmesser von 33 mm ermöglicht die Verarbeitung von Stücken auch an schwer zugänglichen Stellen.

Der elektrische Schreibstift

Die Elektrizität spielt eine heile wachsende Rolle in unserem Leben. Wir reisen, fahren, heizen, waschen, plätten mit ihrer Hilfe; Beleuchtung, Nachrichtenübermittlung, ärztliche Behandlung vollzieht sich auf elektrischem Wege; und nunmehr ist auch der elektrische Schreibstift geschaffen worden. Verkäufer kann man mit diesem Stift allerdings nur auf Metall schreiben; aber damit ist bereits dem Eisenbeschreiber, dem Wärmeschreiber, dem Schreiber, dem Buchstabenmacher und all den unzähligen anderen Venträgen, die metallene Dinge herstellen, verarbeitet und verkaufen, die Möglichkeit gegeben, diese Gegenstände bequemer, sauberer und dauerhafter mit Worten, Zeichen, Zeichnungen, Diagrammen und Ähnlichem zu versehen, als dies bisher auf umständlichem Wege der Gravierung oder des Rezens geschah. Die Schreibvorrichtung nimmt nur wenig Platz weg, kostet nicht viel und kann an jede Steckdose angeschlossen werden. Sie besteht aus dem eigentlichen Schreibstift, einer durch ein bewegliches Rad mit diesem verbundenen metallenen Schreibplatte und einem kleinen Transformator, der die Hochspannung der Spannung des aus der Vorrichtung entnommenen Stromes auf das benötigte, äußerst geringe Maß herabsetzt. Schreibt man nun mit dem Stift, der zur Erzeugung der Hand eines wasserfesten Materials bedarf, auf ein der Schreibplatte aufliegendes Metallstück, so hinterläßt der Stift infolge der beim Stromübergang auftretenden Ionenentwicklung deutliche gleichmäßige Spuren, die durch Drehen eines Knopfes am Transformator beliebig breit oder schmal eingestellt werden können.

Ein besonderer Vorteil der elektrischen Schrift, der beiläufige Hinweis für den Nachweis eines Diebstahls wertvoll sein kann, liegt in dem Umstand, daß die Schriftzeichen ohne weiteres wieder sichtbar gemacht werden können, wenn sie äußerlich durch Abwaschen oder Regen zum Verschwinden gebracht worden sind.

Baueinstürze und kein Ende

Von Magistratsoberbaumeister Damm, Hannover

Die Serie der Einsturzsturzungen (siehe Seite 1) Madrid, Maila, Italien, England, Binnocena, Prag, hier sogar zweimal hintereinander! Eine ganz ungewöhnliche Dürftigkeit, die im so auffälliger war, als sie mit einer parallelen Steigerung großer Eisenbahnunfälle zusammenfiel. Für die zunächst Interessierten, Baumeister, Bewohner und Behörden, wäre es nützlich, den Ereignissen unter dem Gesichtspunkt unerforschten bautechnischen Geschehens näher zu treten. Die haben den realen Ursachen nachzugehen. Die jüngste Einsturzsturzung aus Marseille, wo mehrere Hochwerkstätten gleichzeitig viele Menschen unter sich begruben, wohnt erneut zu der Frage, ob Unfall in Belagungen verheilt, daß auch wir von solchen Unglücksfällen betroffen werden. Obwohl es an einschlägigen Fachschriften heute nicht mangelt, ist zu bemerken, daß von der Mehrzahl der Unfälle bautechnisch-wissenschaftlich die letzten Ursachen nicht ausreichend allgemein bekannt geworden sind. Soweit nicht begriffliche Einflüsse und Maßnahmen dabei einschlagend sind, wird dies an der heute noch recht mangelhaften Verbindung von Hand zu Hand liegen. Die Verhältnisse und Bauweisen sind aber auch in den einzelnen Ländern ganz verschieden geartet. So hat das jetzt wieder betroffene Frankreich noch heute keine Baupolizei in unserem Sinne. Es soll sich nach den ersten vorliegenden Preisnachrichten um etwa 50 Jahre alte Mietshäuser handeln. Das ist für massive Gebäude noch kein Alter, bei dem man ohne Vorlesen besonders ungünstiger Umstände für solche Katastrophen eine Erklärung finden könnte. Bei Hochwerkstätten, selbst Jahrhunderte alten, ist die Gefahr eines so verhängnisvollen Totalsturzes überhaupt sehr gering, da das abgestimmte Holzwerk wie ein Netz oder Drahtgeflecht zusammenhält. Es „fallen“ höchstens Teile ab und führen in einzelnen Teilabschnitten zusammen. Solche Gefahren sind aber schließlich selbst bei Holzverholung vorher zu erkennen.

Eigentlich hörte man von solchen Ereignissen großen Maßstabes früher nur aus Amerika. Die amerikanischen Bauwerke sind a. T. weit großdimensionaler als bei uns, namentlich die Hochhäuser, Hotels, Speicher und Brücken. Die amerikanischen Ingenieure legen mehr auf eine Karte als der Europäer. Sie bauen früher eher erfahrungsmäßig als rechnerisch. Zudem sind sie mehr rechnerisch und knappe, aber streng handeleute mehr sichere Straßen als bei uns gegen Hochrisikofaktoren und Unfallgefahr bedingten, ist die Hauptursache der Unfälle erheblich zurückgegangen. Wie steht es nun bei uns? Die Eigenschaften des Deutschen, der dazu neigt, eher zu viel als zu wenig zu organisieren, hat dafür gesorgt, daß wir wohl die gründlichsten Baugesetze und die sorgfältigsten Kontrollen haben, jedenfalls in erster Reihe haben, was die Bau- und Feuerbeständigkeit anlangt. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht von anderen Ländern das eine oder andere gelernt werden könnte. Beispielsweise haben auch die überausreichen Ingenieure hervorragenden Ruf, und es ist sehr zu prüfen, ob sich nicht von einigen der ganz modernen ausgereiften Bauweisen Amerikas, wie a. B. der von Detroit, in mancher Hinsicht sichere, gesunde Anregung gemindert liege, wenn es wirklich einmal zu einer vollständigen Bauwesenreform bei uns kommen sollte. So ist u. a. besonderer Beachtung wert, daß — während bei uns fast alle Bauweisen die Berechnungen der Baukonstruktionen des Unterbauwerks genau nachrechnen und prüfen, bevor die Kontrolle am Bau selbst einsetzt — die amerikanischen Baupolizei nur den Gang der Rechnung prüft, was bei großen Bauten jedoch ebenso wie bei uns unter Umständen ein bis zwei Monate dauert, während aber überwiegend scharfe und händige Überwachung der Ausführung meist vorantun mit einem Beobachterapparat, der in seiner Größe dem deutschen Feuerlöscher heute auch nicht annähernd zugemutet werden könnte. Während bei uns ein Aufsichtsdienst nicht vor; wenn wir — unter Berufung — Bildung von solchen Einrichtungen im west-

lichen Ausland geblieben sind, so ist das in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß unser Unterbauwerk fast ausschließlich herangebildet und in seiner Verantwortung bewahrt ist. Schädlinge werden durch händige Verwaltungskontrolle abgemindert. Diesen Unterbauwerkern dürfen wir getrost auch weiterhin das Vertrauen schenken, daß es uns kein schiefes erspart.

Von ganz besonderer Bedeutung ist aber auch die Frage des Baustoffes, seiner Wärme und richtigen Behandlung. Ein Teil der üblichen Materialien ist zwar seit Jahrhunderten bekannt; sie sind oft und zum Glück — wenn man so sagen darf — verlässlicher als der Mensch, und es bedarf schon großer Fahrlässigkeit, mit ihnen Unheil anzurichten. Tüchtiger ist schon das Eisen. Am meisten verlangt jedoch der Beton, das moderne Baumaterial, genaues Kenntnis und Berücksichtigung seiner Eigenart sowohl bei der Verheilung als auch bei der Verwendung. Seine hervorragenden Abbindeigenschaften bieten an sich kein Problem, wenigstens nicht bei normaler Witterung und Temperatur. Ist aber solche Behandlung bei großer Trockenheit und Hitze unter Umständen schon verhängnisvoll, so kann sie katastrophal werden bei ungenügender Beachtung des Umstandes, daß der Beton bei Temperaturen in der Nähe des Gefrierpunktes seine Abbindefähigkeit fast ganz verliert. Die überausgroße Mehrzahl von Bau- und Defekteinsparungen ist darauf zurückzuführen, daß die geübte Erfahrung der Konstruktionen nicht abgeworfen wurde. Darum ist das „Schicksal“ von Gebäuden besonders gefährlich, denn nur aus abgelebten Fundamenten und Stützen können die errechneten Lasten tragen. Ingenieure haben Verträge mit hohen Konventionalstrafen oder Bauverpflichtungen an die Füße für ihr (scharfes) Bauen (Prag) ihre ersten Schichten stellen.

Eine weitere Unbekannte ist die bei uns seltener gewordene sogenannte „Generalentwertung“, die dem Bauherrn zwar den vermeintlichen großen Vorteil bringen soll, daß er keine Überbaukosten durch Kostenanschlagsüberreitungen erleidet. Diese sogenannte Sicherheit wird aber fast stets auf Kosten der Güte der Arbeit erkauft, denn es ist eine bekannte Erfahrung, daß dabei den vom Hauptunternehmer abhängigen weiteren Weisern nicht nur die denkbar niedrigsten Preise bewilligt werden, sondern sie sind noch für etwa vorhandene Restkalkulationen ihres Auftragsgebietes einzufordern haben, was natürlich nicht ohne Einfluß auf den Wert ihrer Leistung bleiben kann. Auch das Submissionswesen hat Mängel, die dem gegenüber doch noch eher erträglich erscheinen, weshalb bei uns, wo die neue Preisverdingungsordnung die schlimmsten beilegt hat.

Alles in allem haben wir in Deutschland noch nie vor keinen Anlaß zur Verrückung, auch stärkere Bestimmungen brauchen wir bis auf weiteres nicht. Verschärfte Kontrolle ist freilich allem, die es angeht, dringend zu empfehlen, namentlich — und das lehrt Marseille — dort, wo die Gefahr handlicher Verwahrlosung besteht. Es sind jetzt anderthalb Jahrzehnte her, daß den meisten Wohnhäusern nicht ihr Recht wurde. Viele Handwerker sind bei den traurigen Missetatensübergriffen und heute noch nicht in der Lage, das Notwendige zur Erhaltung zu tun. Die Behörden müssen sich ernstlich überlegen, wie da noch weiterhin zu helfen ist. Man sollte auch dem mit immer größerem Rollen sich abwickelnden Verkehrswesen und Umbauverdienst nicht allzu sorglos gegenüber stehen, sein nachteiliger Einfluß ist bekannt und offensichtlich. Stöße und häufige Erschütterungen sind das schlimmste für ein schon nicht mehr ganz taugliches Bauwerk. Vor allem aber sollte sich die Bauaufsicht bemühen, die das erforderliche Maß von Fachkenntnissen und Verantwortungsgelühl sowie Sorgfalt vermissen lassen. Das Handwerk ungeschult gelassen werden. Dies kann sich fälschlich Rinde bitter rächen. In den modernen Bauweisen Amerikas ist ein Unterbauwerk, der sich nach dieser Richtung etwas zuspätschieben kommt, für immer erledigt.

Eingefrorene Wasserrohre

Elektrischer Strom zum Auflösen

Von allen unangenehmen Begleiterscheinungen, die der lebhafte Winter im Gefolge gehabt hat, ist wohl eine als besonders lästig in aller Erinnerung geblieben: der lästige Wassermangel. Klammern waren die Wasserrohre eingefroren, so daß besonders auf dem freien Lande und in den Vororten der Großstädte wochenlang jede getragene Wasserzufuhr unterbrochen war. Besonders ärgerlich empfanden man es, daß infolge des tiefen Bodentrostes auch noch wochenlang nach Beendigung der eigentlichen Kälteperiode viele Wasserleitungsbränge hartgefroren waren. Mit allen Mitteln versuchten Beamte der Wasserämter das Auflösen der Rohre zu beschleunigen. Schwelende Kohlenfeuer wurden entzündet, die tagelang alle Straßenanwohner durch ihren Geruch belästigten. Alle Lokomobilen wurden herangezogen und der darin erzeugte Dampf in die Rohrleitungen geleitet. Als all das nicht half, mußte man schließlich das Ziel, wie in so manchen anderen Fällen, in der Elektrizität, indem man einfach große Ströme durch die Wasserleitungsrohre leitete. Wie jeder Leiter größeren Widerstand, erwärmen sich hierbei die Rohre, und binnen kurzem ist das Eis zerfallen gebrochen. Dieses elektrische Auflösen-Verfahren ist so verhältnismäßig einfach und von so schneller Wirkung, daß es bei kommenden ähnlichen Vorkommnissen wohl ausschließlich zur Verwendung kommen wird.

Man benutzt einfach einen gewöhnlichen Transformator von etwa 10 KW-Leistung, der zum Zweck

des schnelleren Transportes am besten auf einem Vorkauf aufgestellt wird. Der eine Eisenkern des Transformators trägt die übliche Hochspannungswicklung, während der sonst üblichen Hochspannungswicklung werden auf den anderen Eisenkern einfach einigen wenige Windungen von etwa 10 bis 100 mm 2 Querschnitt aufgewickelt. Im Transformator wird sodann die Betriebsspannung von etwa 80 Volt auf 10 bis 60 Volt herabgespannt, so daß Stromstärken von etwa 50 bis 60 Ampere erzielt werden können. Mit diesen Strömen kann man Wasserleitungsrohre bis zu 100 Meter in kürzester Zeit, meist nur 5 bis 10 Minuten, bei großen Stromstärken sogar nur 2 Minuten, auflösen. Auf die benutzte Wärme und mit geringen Verlusten leistet hier die Elektroenergie schnelle, ganze Arbeit.

ek. Neuarige Erfindung von Papier oder Zellstoff. Oesterreichische Ingenieure haben ein neues Verfahren für die Entwasserung des Papiers oder des Zellstoffs während des Herstellungsganges angegeben, das große Vorteile zu leisten verspricht. Gemäß dem Vorschlag wird der Wassergehalt von Zellstoff und Papier vor der letzten Presse in der Presse beseitigt, das man eine unmittelbare Verbindung mit dem Heizkörper unbedingt vermeiden. Man benutzt dazu eine elektrische Heizanlage und die notwendige Wärme wird durch Abstrahlung abgegeben. Hierdurch werden alle schädlichen Wirkungen auf das Papier oder den Zellstoff vermieden.

Mehr Beton als Eisen

Während die Kenntnis von der ungeheuren Widerstandsfähigkeit des Betons gegen mechanische Kräftewirkungen längst Allgemeingut auch der Laien geworden ist, bestehen hinsichtlich der Widerstandsfähigkeit gegen die Einwirkungen einer anderen Kraft, nämlich des „Zugs der Welt“ in Betonkreisen noch manche Irrtümer. Wenn man sieht, wie die Mannheimer Post manchen Bauanstrengungen und Monumenten zusetzt, wie man dies a. B. an der Eintrichtung und Ballustrade bei der Christuskirche und noch manchem andern Gebäude hier in Mannheim und den Vororten beobachten kann, so erheben sich Zweifel zunächst berechtigt, zumal die Kunst des Betonbaus, wie vielfach angenommen wird noch eine verhältnismäßig junge Kunst ist. Dem ist jedoch nicht so. Schon die Römer haben diese Kunst gekannt und den Beton zu ihren Festen- und Anlaufbauten verwendet. Noch heute finden sich Überreste derartiger unter Galliena erbaute Werke in der Nähe von Neapel. Diese Kunst ist dann lange Jahrhunderte verloren gegangen und erst im Mittelalter finden wir den Beton wieder in England beim Bau von Reading-Abben, bei vielen alten Schloßern und bei einem Haus in Rochester, dessen Mauern und Treppen aus Beton bestehen. Alle diese Bauten, die Jahrhunderte und Jahrtausende überdauert haben, beweisen die große Widerstandsfähigkeit des Betons gegen atmosphärische Einflüsse, sofern zur Herstellung die geeigneten Materialien verwendet werden und bei der Ausführung der Eigenart dieses Baustoffes Rechnung getragen wird.

Unter der Einwirkung von Hitze und Kälte, Feuchtigkeit und Trockenheit ändert der Beton, genau wie jedes Stein, jedes Metall und Holz sein Volumen, jedoch ist diese Volumenänderung geringer als die irgend eines der bei uns bekannten natürlichen und künstlichen Baumaterialien. Allerdings schwankt der Ausdehnungskoeffizient für die verschiedenen Betonorten je nach dem Mischungsverhältnis und dem Wasserzusatzen in verhältnismäßig weiten Grenzen. Diefen Umstand muß der Konstrukteur Rechnung tragen, wenn er Mißerfolge, die das Material diskreditieren, vermeiden will.

Es ist grundsätzlich, zum Beispiel einen „mageren“ Beton mit einem „fetten“ Feins- oder Feinfortbeton zu verarbeiten, weil die infolge der verschiedenen Dehnung der beiden Materialsorten auftretenden inneren Spannungen keinen Ausgleich finden können und so oft recht schädlichen Rißbildungen, ja sogar zur Trennung der beiden Schichten führen und beim Einbringen von Feuchtigkeit infolge der Ausdehnung beim Gefrieren des Wassers Zerbrüchlichwerden hervorrufen. Die Mischungen müssen also aufeinander abgestimmt und bei größeren Flächen muß durch Anordnung von Dehnungslinien dem Material eine gewisse Bewegungsfreiheit geschaffen werden.

Die Widerstandsfähigkeit des Betons gegen die Einwirkung feuchter Luft, die Feuchtigkeit, insbesondere der hier anfallenden chemischen Industrie ist bei jahrelanger Erfahrung sehr groß. Die beim Härten des Betons, einem Prozeß, der sich durch viele Jahre fortzieht, freierwerdende Kristalle bilden das Material in der oberirdischen Welt gegen trockenwelche schädliche Einflüsse. An der exponierten Stelle in Absehung eingebaute Betonwerkstücke, die der Verfasser jetzt durch 12 Jahre beobachtet, zeigen keine Veränderung an der Oberfläche, während in unmittelbarer Nähe eingebaute natürliche Werkstücke alle mehr oder minder starke Zerbrüchlichwerden aufweisen.

Bei der Ausführung von Bauteilen in Eisenbeton, die nicht durch einen besonderen Versuch geschützt werden, ist insbesondere hier in Mannheim darauf zu achten, daß die Deckflächen genügend stark, nicht unter 10 Millimeter, und in letztem, fettem Beton hergestellt werden. Jeder Beton ist bis zu einem gewissen Grade porös, und bei zu dünnen und mageren Deckflächen kann die bis zur Oberflächen vorbringende Feuchtigkeit infolge der Volumenvergrößerung bei der Expansion zur Abstreifung der Deckfläche führen.

Die allmählich fortschreitende Oxidation, die noch durch die unmittelbare Einwirkung schwefelhaltiger Gase auf das Eisen unterstützt wird, kann u. U. zur Zerkörung des ganzen Bauteils führen, was sehr oft a. B. bei Elektrischenstationen beobachtet werden kann. Zu große Sparneiligkeit ist hier von Übel und nicht zu schwer. Es muß hier das Wort von Christoph in seinem grundlegenden Werk: „La beton armé“ in vieler mehr Beton als mehr Eisen“ variert werden.

Bei Beachtung dieser Vorschriften und bei Verwendung geeigneter Aufhängemittel und fundierter Ausführung haben wir jedoch ein Material, das sich gerade wegen seiner Widerstandsfähigkeit gegen atmosphärische Einflüsse und seiner Formungsfähigkeit immer noch großer Anwendunggebiete erheben wird.

Die richtige Lage der Membrane im Kopfsenbörere

Um mit dem Kopfsenbörere einen lauberen, verserrungslosen Empfang zu erzielen, ist es notwendig, die richtige Lage der Membrane vom Zell zu Zell nachzuweisen. Man kann dies leicht feststellen, indem man mit einem dünnen Gegenstand nicht zu hart gegen die Membrane klopf. Liegt sie auf den Magnetpolen auf, so wird ein harter und stumpler Ton hörbar werden. Um sie wieder in die richtige Lage zu bringen, schraubt man die Formmittel ab und legt zwischen Membrane und Formmittel einen Ring aus feinem Papier. Ein genügt auch schon ein einfaches feilendes Verstellen der Membrane, um wieder die richtige Lage herzustellen. Die Formmittel ist, nachdem man die Membran gereinigt hat, fest aufzuschrauben, damit sie nicht beim Arbeiten verrückt. Sie liegt richtig, wenn sie beim Anschlag einen dumpfen, hohlen Ton von sich gibt.

Verantwortlich: Kurt Gömze

